



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ende der Krisis : preußischer Brief.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Ende der Krisis.

Preussischer Brief.

Die zweite Periode unserer Revolution — die Zeit vom 26. Mai 1849 bis zu den Ulmüger Punctionen — hat in ihrem Ausgang alle die Wunderlichkeiten zu einem Totaleindruck zusammengedrängt, die vorher in ihr aufgespeichert waren. Jene berühmte Ministersitzung, in welcher die Mobilisirung der Armee mit ihrem Urheber abgeworfen wurde, gleich darauf das Handschreiben an den gestürzten Minister, gleich darauf die wirklich erfolgte Mobilisirung nebst einem wahrhaft heidnischen, indianischen Kriegsgeschrei in den Heerlagern der schwarz-weißen Reaction, das kühne Vorrücken auf Fulda mit der Schlacht bei Bronzell, der ebenso kühne Rückzug aus strategischen Gründen, die Reise nach Ulm in der zwölften Stunde, endlich, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, das einer bessern Sache würdige Bonmot: Es ist die Eigenschaft des Starken, sich zurückzuziehen — das alles macht das Andenken einer Zeit, die wir gern aus unserer Geschichte vertilgen möchten, zu einem unauslöschlichen.

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, in Bezug auf unsere Partei bin ich froh, daß die Zeit vorüber ist. Wie die Dänen bei Fridericia, haben wir uns zum Schluß noch die theuer erkaufte Befriedigung gewährt, unsern bisherigen werthen Freunden und Bundesgenossen einmal recht offen und vollständig zu sagen, was wir von ihnen denken und wie wir gegen sie empfinden. Vincke's Rede hat diesem tiefgefühlten Bedürfnis abgeholfen. Sie ist so schlagend, und trifft mit jedem ihrer Vorwürfe so tief in den Kern der Sache, daß der Ausruf des Ministers, er wolle lieber Spizflugeln ausgesetzt sein, als so spizigen Reden, wohl begreiflich ist, obgleich er ihn anders verstanden hat; er wollte selber spizig sein, aber die Spitze kehrte sich gegen ihn, wie das Herrn von Mantuffel schon einige Male begegnet ist.

Aber wir dürfen diesen letzten Effect nicht dadurch abschwächen, daß wir ihn über Gebühr ausdehnen. Mit dem definitiven Aufgeben der Union ist die Partei, welche wenigstens der Form nach nur durch die Idee der Union zusammengehalten wurde, die kleindeutsche oder Gothaer Partei, zu Ende. Wären wir die Starken gewesen, so wären wir nicht nach dem Rath des Herrn von Manteuffel umgekehrt, sondern wir hätten ihn und seine Verbündeten aus dem Hause geworfen und unsere Idee durchgeführt; da wir aber nicht die Starken waren, sondern die Schwachen, so haben wir, nachdem von unserer Seite Alles geschehen ist, die herrschende Partei wider ihren Willen unsern Zwecken dienstbar zu machen — und beinahe wäre es uns noch in der letzten Stunde auf das Vollständigste gelungen — jetzt, nachdem die letzte Hoffnung geschwunden ist, nur noch die Wahl, ob wir, gleich den Demokraten, uns im beleidigten Gefühl unsers gekränkten Rechts mit sentimentalem Pessimismus in den Schmolzwinkel zurückziehen wollen, oder ob wir, was abgemacht ist, abgemacht sein lassen, uns umsehn, wie wir unsere fortdauernden, durch eine einzelne Niederlage keineswegs beseitigten Interessen auf eine andere Weise verfolgen.

Da die ungeheure Mehrzahl unserer Partei aus Männern besteht, die in ihrer Theilnahme am Staat noch etwas Weiteres sucht, als die augenblickliche Befriedigung in Kammerreden und Journalartikeln, da unsere lebendigen Interessen fortwährend von der Gesetzgebung berührt werden, und es also im höchsten Grade thöricht wäre, einen wenn auch noch so geringen Antheil an dieser Gesetzgebung freiwillig aufzugeben, so kann unsere Wahl keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Um aber in diese neue Phase unseres politischen Lebens mit frischer Thätigkeit einzutreten, müssen wir die ganze Vergangenheit ein für allemal von uns werfen. Wir werden sowohl unsern Bestandtheilen als unserer Idee nach dieselben bleiben; nur noch verstärkt durch diejenigen conservativen Kreise, welche die Mobilisirung der preussischen Armee und die damit verbundenen Umstände aus ihrer zähen Trägheit elektrisirt haben, denn unsere Idee, die in dem Compromiß von Gotha ihren Ausdruck gefunden hat: staatliche Centralisation des von der heiligen Allianz und dem Ausdruck derselben, dem Bundestag, emancipirten Deutschlands durch den starken Arm des Staats, welchem seine Geschichte und seine Hilfsmittel eine entsprechende Rolle anweisen, diese Idee ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern aus der Nothwendigkeit unserer Lage geschöpft, und wir müssen immer wieder darauf zurückkommen, so große und gerechte Veranlassung wir haben, gegen den augenblicklichen Ausdruck des preussischen Wesens ein Gefühl zu hegen, „welches von dem der Achtung so weit als irgend möglich entfernt ist.“

Aber die Form unseres Wirkens muß eine andere werden, und wir können froh darüber sein, daß diese Nothwendigkeit endlich eine definitive geworden ist.

Denn schon seit einem Jahre hat der größere Theil unserer Partei nur noch mit Widerstreben an den Fesseln der Union festgehalten, weil die Partei als solche sich einmal engagirt hatte. Diese Union war nicht lebensfähig. Ein Parlament, aus Preußen und 12–13 Duodezstaaten zusammengesetzt, neben einem preußischen Parlament; eine lose politische Union, die gar keine geographischen Grundlagen hat, neben dem Zollverein, und neben dem deutschen Bund, das ist ein Messer ohne Klinge, an dem der Stiel fehlt; ein Kleinod, dessen Besitz es wahrhaftig nicht werth war, seinetwegen unsere natürlichen Verbündeten — Hannover und Sachsen — in die Reihen unserer Feinde zu treiben. Wenn wir dennoch daran festhielten, so geschah es in der Aussicht, es werde dadurch im Drang der Ereignisse jener ernsthafte Conflict hervorgebracht werden, der zu etwas Weiterem führen müßte, als zu einem Duodez-Kleindeutschland. Da aber davon nicht mehr die Rede ist, so können wir uns der Gothaer Uniform mit großer Befriedigung entledigen.

Wenn wir uns durch eine so offene Erklärung einen neuen Spott von Seiten der Kreuzritter und der Demokraten zuziehen, so können wir uns das gefallen lassen. Die mit dem Olmüzer Vertrag geschlossene Periode gehört der Geschichte an; die Geschichte wird darüber richten, welche Partei im Lauf der letzten unglückseligen Jahre die meisten Thorheiten begangen hat. Gott behüte uns vor der Ummäzung, tadellos dastehen zu wollen.

Was die Demokratie betrifft, so ist es wieder ein nicht genug zu schätzendes Resultat der gegenwärtigen Krisis, daß ein Bündniß mit derselben, welches wie eine unheimliche Wetterwolke über unsern Häuptern drohte, glücklich abgewendet ist. Ich muß der Nationalzeitung den Ruhm lassen, daß sie sich offen und ehrlich darüber ausgesprochen hat.

Die Unmöglichkeit eines Bündnisses mit der Demokratie liegt nicht darin, daß wir früher Gegner waren. Denn es kann geschehen, daß ehrliche Männer in einer bestimmten Zeit das Wohl des Vaterlandes auf verschiedenen Wegen suchen, und dennoch später, unter ganz veränderten Umständen, auf den nämlichen Weg gewiesen werden.

Sie hat auch nicht in den verschiedenen Zwecken ihren Grund. Denn was die eigentlichen Demokraten (sehr zu unterscheiden von den Republikanern, Anarchisten, Socialisten u. s. w., die sie ja beständig desavouiren) eigentlich wollen, scheinen nur zwei Blätter zu wissen: die Nationalzeitung und die Kreuzzeitung. Die erste plaudert nichts aus, und der letzten ist nicht zu trauen. Wir wissen nicht, was die Demokraten wollen, also auch nicht, in welchem Verhältnisse ihre Absichten zu den unsern stehen.

Aber wir dürfen nur ein beliebiges demokratisches Blatt in die Hand nehmen, um uns vollkommen zu überzeugen, daß es ein wesentlich verschiedenes Publicum von dem der constitutionellen Presse haben muß. Diese Leute denken anders,

empfinden anders, reden anders, geberden sich anders; sie haben eine andere Voraussetzung der Bildung, eine andere Logik als die unsrige; wenn wir uns mit einander verständigen wollten, so müßten wir anders reden, als uns um's Herz ist, und solch halbes Wesen nützt in der Politik nichts. Wenn uns die Nothwendigkeit auf den nämlichen Weg treibt, so wird das geschehen, auch ohne daß wir uns vorher schöne Dinge sagen.

Aber mit einer Clique, die auch geneigt ist, in die lyrischen Ergüsse des Kladderadatsch über die Gothaer Bürste einzustimmen, muß ich noch ein Wörtchen reden: mit der sogenannten specifisch-ministeriellen Partei, die bestimmt ist, bald von den Absolutisten, bald von den Constitutionellen in's Schlepptau genommen zu werden. Das Organ derselben — das zugleich, wie ich glaube, der Inbegriff der gesamten Partei ist — hat sich bemüßigt gefunden — wahrscheinlich weil der Redacteur von der constitutionellen Zeitung für einen Narren erklärt ist — die Schande des ganzen vergangenen Jahres auf die constitutionelle Partei zu wälzen. Das ist von einem Blatt, das sich der Inspiration des Herrn v. Mantouffell rühmt, sehr unbesonnen. Wenn es uns Schande bringen soll, daß ein Plan, den wir als den einzig verständigen auffaßten, den wir in jeder Phase mit allen Kräften, die uns zur Disposition standen, unterstützt, den wir von Anfang bis zu Ende in der Form, wie wir ihn zuerst aufgefaßt, gegen alle Widersacher vertheidigt haben, daß dieser Plan ohne unsere Schuld gescheitert ist, so frage ich: was soll man denn von der starken Regierung sagen, die sich diesen Plan ohne innere Ueberzeugung von uns, den Schwachen, octroyiren ließ, die ihn zwar so ungeschickt als möglich, und so unredlich als möglich, aber doch so weit verfolgte, daß sie sich darüber beinahe in einen Krieg mit ihren besten Freunden eingelassen hätte? daß sie erst in einem Augenblick umkehrte, wo es aller Welt klar sein mußte, nur äußere Furcht sei der bestimmende Grund? Wenn Einer das Recht hat, über uns zu spotten, so ist es sicher nicht die deutsche Reform.

Was wir durch unsere Theilnahme am Staatsleben im letzten Jahr und durch die damit verbundene Complicität bei zwei Schritten, die wir mißbilligten — dem Bruch mit Frankfurt und der willkürlichen Veränderung des Wahlgesetzes — dem Staat und der liberalen Partei genügt haben, kann Jedermann in den „Rundschauen“ des Herrn v. Gerlach nachlesen. Ich rechne dazu die Existenz einer beschworenen Verfassung, die allerdings kein Muster, aber die noch immer viel besser ist, als die vom 3. Februar 1847. Wenn die deutsche Reform meint, wir wären die einzige Partei, die im Laufe der Revolution nichts producirt hätte, so möchte ich doch wissen, was die ihrige, und was die Demokratie producirt haben?

Freilich sollten uns einige dunkle Worte der Absolutisten über die Zukunft dieser Verfassung besorgt machen. Die Redaction der Kreuzzeitung erbietet sich, der Krone auf persönlichen Credit hinlängliche Geldmittel zu verschaffen, damit

sie das unnütze „Kammergewäsch“ vermeiden kann. — Ich muß gestehen, daß mir dieses Anerbieten mehr imponiren würde, wenn ich mich nicht daran erinnerte, daß noch vor einem halben Jahre die Herren Wagner und Gödsche sehr zweifelhaft waren, ob sie die ihnen aufgelegte Cautio würden aufreiben können; daß ihnen sogar der mitleidige Kladderadatsch eine Subvention anbot. Nun haben sie zwar endlich die Cautio von 7500 Thalern aufgebracht, und verfügen also sicherlich über Geldmittel; aber ich wage doch, daran zu zweifeln, daß 7500 Thaler preuß. Courant, etwas drüber oder drunter, allem Bedürfniß des preussischen Staats genügen sollten. Wenn also keine weitere Furcht vorhanden ist, als diese, so können die Kammern in ihrer Opposition ruhig fortfahren, der Credit der Kreuzzeitung wird den der legitimen Stände nicht ersetzen.

Wenn sie aber durch ihre Opposition die Auflösung der gegenwärtigen Kammer herbeiführen, so halte ich das für einen unendlichen Gewinn. Die gegenwärtigen Kammern, die man sehr mit Unrecht gelästert hat, die an Patriotismus und Einsicht unter den deutschen Ständen der letzten 30 Jahre wenig ihres Gleichen haben, sind doch unter Voraussetzungen gewählt worden, die auf den gegenwärtigen Augenblick nicht mehr passen; sie haben ihre Aufgabe erfüllt, und können es für ein Glück ansehen, wenn dieser auch äußerlich ein Ende gemacht wird. Die neue Parteibildung, die jetzt nothwendig eintreten muß, erheischt auch einen neuen Ausdruck, und es ist für den preussischen Staat sehr wünschenswerth, wenn diese Umwandlung erfolgt, bevor in Frankreich durch einen ähnlichen Act vielleicht ein neuer Sturm heraufbeschworen wird. Bei der innigen Liebe, welche der neue Ministerpräsident gegen die Demokraten hegt, wird es ihm zur hohen Befriedigung gereichen, diese seine Freude, deren volle Berechtigung im Staatsleben er gebührend gewürdigt hat, in hinlänglicher Zahl um sich versammelt zu sehen. Nur fürchte ich, daß, wenn er die Häupter seiner Lieben zählt, manch theures Haupt fehlen möchte.

Wenn also von den Kammern ebenso zu erwarten wie zu wünschen ist, daß sie in der gerechten Opposition, die sie vor ihrer Vertagung mit so viel Entschlossenheit begonnen haben, ihrem Charakter treu, unverdrossen fortfahren, ohne weitere Rücksicht auf die Folgen, so können wir in der Presse uns der Betrachtung dieser Folgen nicht entziehen.

Sie treten bereits auf eine Weise hervor, die uns bedenklich machen muß. Die Mobilisirung der Armee und die widerwärtige Rolle, welche derselben zuge-theilt wurde, hat mehr dazu beigetragen, die Unzufriedenheit mit dem herrschenden Systeme im Volk — im wahren Volk, nicht mehr im Pöbel — zu verbreiten, als es Jahrzehnte demokratischer Wühlereien vermocht hätten. Leider ist diese Unzufriedenheit eine unbestimmte, lediglich dem Instinct entsprungen, und darum um so gefährlicher. Die Mobilisirung hat außerdem die Finanzkräfte unseres Staats auf eine Weise angegriffen, daß nothwendig die Krone in eine größere

Abhängigkeit von den Contribuenten, also auch von den Kammern und von den darin herrschenden Parteien gerathen muß, als bisher. Außerdem zeigt Hannover durch entschlossenes Vorgehen in der diesem Staat natürlichen und angemessenen Politik, Norddeutschland zu vereinigen, was die preussische Regierung hätte thun können und sollen.

Nicht Alles, was unsern Feinden Schaden bringt, kommt uns zu Gute. Was die Macht, Unabhängigkeit und Festigkeit des preussischen Staats untergräbt, bringt unsern Ideen, unsern Zwecken keinen Segen. Weit mehr als der angeblich schwarzweißen, eigentlich schwarzgelben Partei muß uns daran liegen, daß Preußen aus seiner hohen Stellung nicht herausgedrängt werde, auch wenn Preußen für den Augenblick in den Händen der Reaction ist.

Auf der andern Seite fangen die bundestäglichen Regierungen der Mittelstaaten bereits an zu merken, was sie durch ihre rücksichtslose Feindschaft gegen Preußen, durch ihre rücksichtslose Hingabe an Oestreich gewonnen haben. Auch dieser Erfolg kann uns nicht freuen. Denn so entschieden wir gegen die unrechthigten Großmächts-Gelüste dieser Mittelstaaten Opposition gemacht haben, ebenso stark müssen wir den Wunsch hegen, daß der segensreiche Einfluß, welchen die Existenz dieser Mittelstaaten, namentlich Hannovers und Sachsens, auf den Wohlstand und die Cultur gehabt haben, nicht verloren gehe. Dieser Einfluß ist aber nur dann möglich, wenn ihnen ein mächtiges Preußen zur Seite steht, ein Preußen, welches nicht der Abhängigkeit von Oestreich und Rußland verfallen ist. Die Regierungen dieser Staaten werden bald — wenn nur nicht zu spät — einsehen, daß ihnen an Preußens Unabhängigkeit ebenso viel, vielleicht mehr gelegen sein muß, als den Preußen selbst; daß die „entarteten Söhne des Vaterlandes“ die eigentlichen Patrioten, auch die sächsischen Patrioten waren.

Weil wir dies wünschen, müssen wir auch ferner, wie wir es stets gethan haben, in unserer Opposition sorgfältig die preussische Regierung vom preussischen Staat (nicht bloß vom preussischen Volk, welches ohne Staat nicht existirt) unterscheiden. Unsere Partei, deren einziger bedeutender Fehler wohl überhaupt der gewesen ist, daß sie zu sanguinisch war, hat bei mehreren Gelegenheiten in Augenblicken leidenschaftlicher Aufregung ausgerufen: Wenn Preußen jetzt nicht dies oder das thut, so ist seine Ehre verloren, und wir müssen das Klagelied anstimmen: *Finis Borussiae*. — Mit der Ehre von Staaten hat es aber eine andere Bewandniß, als mit der Ehre von Privatpersonen. Zwar wollen wir, auch in Beziehung auf Staaten, nicht unbedingt das ironische Bonmot eines Berliner Witzblattes adoptiren: „Ehre verloren, Nichts verloren; Geduld verloren, Alles verloren!“ — Aber etwas Richtiges liegt doch darin. Ein Staat kann ein großes Maß von Schimpf und Schande ertragen, ohne darüber zu Grunde zu gehen. Auch die Unmüßiger Punctionen wird der preussische Staat zu verwinden wissen, wenn

seine Bürger nicht die Geduld, d. h. die Ausdauer in der Verfolgung ihres Ziels, verlieren.

Die Schwierigkeiten der Lage Preußens liegen nicht, wenigstens nicht allein, in der allgemeinen deutschen Frage. Da die Union ihren ursprünglichen Zweck, die staatliche Concentrirung des außer-österreichischen Deutschland, nicht erreicht hat, da sie in ihrer letzten Form auch nicht im Entferntesten mehr die Fähigkeit enthielt, Propaganda zu machen, so war die Wiederherstellung eines Organs für die gesammten deutschen Staaten, wenn auch nur zur Aufrechthaltung des Landfriedens nothwendig. Welche Form auch dieses Organ haben mag — sei es auch die des alten Bundestags inclusive des österreichischen Präsidiums — das materiell für Preußen keine Nachtheile birgt; im Gegentheil, denn es entfernt den Meid — der Sinn dieses Organs wird immer der sein: wenn Oestreich und Preußen über eine Frage einig sind, so wird geschehen, was Oestreich und Preußen wollen, ob die übrigen einstimmen oder nicht; und wenn Oestreich und Preußen über eine Frage nicht einig sind, so werden sie wenigstens so weit einig sein, die Entscheidung nicht den kleinen Staaten zu überlassen, es wird also nichts geschehen. Daß Deutschland ein Dualismus ist, und nicht eine Trias, wird sich in jeder beliebigen Form des Centralorgans herausstellen.

In Beziehung auf den Bundestag hat Preußen dasselbe Interesse wie Oestreich und wie unsere Partei. Allen muß daran liegen, daß der Bundestag keine andere Macht und Bedeutung erhält, als: Aufrechthaltung des Landfriedens und Verhinderung eines Rheinbundes. Daß sich der Bundestag in die innern Angelegenheiten der größern deutschen Staaten mischt, in ihre politische und mercantile Gesetzgebung, daran kann weder Oestreich noch Preußen etwas liegen. Dagegen liegt es in beider wohlverstandenen Interesse, daß er die Verwaltung des Bundeseigenthums und die Abwicklung der schwebenden Rechtsfragen gegen das Ausland in die Hände nimmt — beides *faute de mieux*. Wir hoffen nicht, daß der Bundestag in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit Deutschland große Ehre bringen wird, aber es ist doch sonst kein anderes Rechtssubject da.

Die abgeschmackte Phrase von einer Volksvertretung beim deutschen Bunde — bei einem Congreß von Diplomaten, die an Instructionen gebunden sind — eine Phrase, auf die unsere unverbesserlichen Staatskünstler, trotz des hundertfältigen Giasco, das sie gemacht hat, noch immer zurückkommen, wird von selbst in ihr Nichts zerfallen, ohne daß der eine oder der andere Staat deshalb ernstliche Anstrengungen zu machen hätte. — Ebenso wird der Eintritt Gesamt-Oestreichs in den deutschen Bund, gegen den sich alle übrigen deutschen Staaten sträuben müssen, von Oestreich selbst aufgegeben werden, denn es wird sich der Controle des Bundes über seine auswärtigen Verhältnisse und über seine Maßregeln in Ungarn und Italien nicht unterziehen wollen, nicht unterziehen können, und es wird eben darum auch auf die Garantien seiner sämmtlichen Staaten von

Seiten des Bundes Anspruch machen dürfen; eine Garantie, die der Todesstreich für Preußens unabhängige Politik sein würde. — Sollte Oestreich dafür von Preußen zum Ersatz den Wiederaustritt seiner östlichen Provinzen verlangen — was nicht wahrscheinlich ist, denn die Aufnahme derselben beruht auf Bundestagsbeschlüssen — so sehe ich keinen erheblichen Grund, dieser Forderung entgegenzutreten. Preußen bleibt doch immer der erste deutsche Staat, auch unter österreichischem Präsidium.

Nicht der größere oder geringere Antheil an der Reichspolizei, der ihm vom Bunde übertragen wird, ist der entsprechende Ausdruck für diese seine Stellung, sondern sein Vorgehen in den realen Interessen der Nation. Der Zollverein konnte aus zwei Gründen nicht genügen, soviel Gutes auch schon durch ihn gewirkt ist. Einmal fehlte ihm die richtige geographische Basis. Ein Verein von Staaten, von dem sich alle Uferstaaten ausschlossen, von dem sie sich ihren natürlichen Interessen nach ausschließen mußten, konnte keine selbstständige Handelspolitik treiben, konnte mit England, Holland und Belgien keine nützlichen Verträge schließen; er konnte es ebensowenig als Preußen für sich allein. Sodann machte seine Form eine progressivistische, consequente Politik unmöglich; es war kein Mittel gegeben, der Majorität einen Ausdruck zu finden. — Die Union litt an denselben Fehlern und außerdem noch an einer unverkennbaren Unbestimmtheit in ihren Zwecken. — Preußen kann nur dadurch eine reale Politik sich aneignen, wenn es sich an Hannover und den Norddeutschen Steuerverein anschließt: sich anschließt, auch um den Preis von augenblicklichen materiellen Opfern. Ein solcher Verein muß ein Organ finden, in welchem über Zoll- und Handelsgesetzgebung, über Garantie des Staatspapiergeldes, die Besetzung der Consulate und ähnliche materielle Interessen bestimmt wird. Ich meine nicht ein Parlament, sondern einen von den Regierungen eingesetzten Congress, in welchem aber das Stimmenverhältniß dem Gewicht der einzelnen Staaten entspricht. An der Spitze eines solchen Vereins wird Preußen seinen natürlichen Verbündeten, England und den Niederlanden, die Hand bieten, es wird sich eine Flotte schaffen, sich der Holsteinischen Angelegenheit annehmen, und, was das Wichtigste ist, sich von Oestreich emancipiren, ohne den Frieden und die Territorial-Einheit des heiligen Römischen Reichs zu gefährden.